

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Drucksache 18/4426 –

Das Europäische Semester stärken, besser umsetzen und weiterentwickeln

A. Problem

Mit der Einführung des Europäischen Semesters im Jahre 2010 wurde ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei ihren Reformen und der Umsetzung der Ziele der Europa 2020-Strategie unterstützt, koordiniert und überwacht. Die Ergebnisse der letzten Europäischen Semester zeigen, dass die ergriffenen Reformen bereits zu einer verbesserten Koordinierung geführt haben. Die länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission enthalten wichtige Reformempfehlungen, die sich an den gemeinsamen Kernzielen der Europa 2020-Strategie orientieren. Allerdings erweist sich die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen weiterhin als Schwierigkeit des Europäischen Semesters. Nach der Analyse der Kommission für das Jahr 2013 hat sich auch der strukturelle Finanzierungssaldo der Mitgliedstaaten nicht verbessert.

Der Antrag entwickelt Vorschläge, wie das Europäische Semester besser umgesetzt und im Verfahren gestärkt werden kann.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/4426 anzunehmen.

Berlin, den 20. Mai 2015

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

Uwe Feiler
Berichterstatter

Joachim Poß
Berichterstatter

Alexander Ulrich
Berichterstatter

Manuel Sarrazin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uwe Feiler, Joachim Poß, Alexander Ulrich, Manuel Sarrazin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 18/4426** in seiner 97. Sitzung am 26.03.2015 beraten und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD heben in ihrem Antrag die Bedeutung des Europäischen Semesters hervor. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bilde den rechtlichen Rahmen für die Koordinierung und Überwachung der nationalen Finanzpolitiken in der EU. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sei die Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken deutlich verstärkt worden. Im Jahr 2010 sei darüber hinaus das Europäische Semester als Instrument der wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Koordinierung eingeführt worden. Mit ihm sei ein Rahmen geschaffen worden, der die Mitgliedstaaten bei ihren Reformen und der Umsetzung der Ziele der Europa 2020-Strategie – Bildung und Forschung, Klimaschutz, Verringerung von Arbeitslosigkeit, die Erhöhung von Beschäftigung sowie die Verminderung von sozialer Ausgrenzung und Armut in der Europäischen Union – unterstütze, koordiniere und überwache. Die Ergebnisse der letzten Europäischen Semester hätten gezeigt, dass die ergriffenen Reformen bereits zu einer verbesserten Koordinierung geführt hätten.

Allerdings erweise sich die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen weiterhin als Schwierigkeit des Europäischen Semesters. Nach Angaben der Europäischen Kommission seien 2013 lediglich 10 Prozent der länderspezifischen Empfehlungen vollständig umgesetzt worden und bei 45 Prozent sei nur eine eingeschränkte oder überhaupt keine Umsetzung festzustellen. Zudem habe sich der strukturelle Finanzierungssaldo der Mitgliedstaaten nicht verbessert.

Die Europäische Kommission müsse ihre Stellungnahmen zu den Haushaltsplanungen und den Nationalen Reformprogrammen der Mitgliedstaaten und die dazugehörigen länderspezifischen Empfehlungen nach objektiven Kriterien und ohne politische Intervention der Mitgliedstaaten erarbeiten können. Ein transparentes Verfahren werde helfen, dass die Stellungnahmen der Kommission von den Mitgliedstaaten nicht als Eingriff in ihre Souveränität verstanden und im Ergebnis besser umgesetzt würden. Das setze allseits konsentiert und belastbare statistische Daten aus den Mitgliedsstaaten voraus.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, das Europäische Semester zu stärken, besser umzusetzen und weiterzuentwickeln. Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert,

- für noch mehr Transparenz des Verfahrens zu werben
- die Kommission dabei zu unterstützen, dass sie ihre Stellungnahmen nach objektiven Kriterien erarbeiten kann und zugleich darauf hinzuweisen, dass die Kommission eine Aufgabe erledigt, die ihr die Mitgliedstaaten selbst übertragen haben
- das Europäische Semester als Ermutigung für verstärkte Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur anzusehen
- sich dafür einzusetzen, dass bei der Analyse der länderspezifischen Situation neben makroökonomischen und fiskalischen Indikatoren ergänzend auch soziale Indikatoren beobachtet werden
- die Ziele der Europa 2020-Strategie im Europäischen Semester stärker zu berücksichtigen
- die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Mitgliedstaaten durch zügige Umsetzung wirtschaftspolitischer Initiativen und weiterer Strukturreformen zu stärken und zugleich darauf zu achten, dass die Reformvorhaben sozialverträglich umsetzbar sind
- die Investitionsoffensive der Kommission bestmöglich zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 18/4426 in seiner 42. Sitzung am 20. Mai 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 18/4426 in seiner 48. Sitzung am 20. Mai 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 18/4426 in seiner 40. Sitzung am 20. Mai 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 18/4426 in seiner 44. Sitzung am 20. Mai 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 36. Sitzung am 20. Mai 2015 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, es liege im Interesse Deutschlands, die Sichtbarkeit, Verbindlichkeit und Wirksamkeit des Europäischen Semesters zu verbessern. Der vorliegende Antrag unterstütze diese Zielsetzung. Eine entscheidende Grundlage für die Akzeptanz und bessere Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen sei die Qualität und Vergleichbarkeit der erhobenen statistischen Daten. Transparente, objektive Verfahren bei der Erhebung der Daten und Erarbeitung der Empfehlungen sowie die Vergleichbarkeit der Daten trügen dazu bei, die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit des Prozesses zu erhöhen.

Zu dem von der Europäischen Kommission in den länderspezifischen Empfehlungen angesprochenen Leistungsbilanzüberschuss in Deutschland betonte die Fraktion, dass der Überschuss insbesondere durch eine große Nachfrage nach Produkten aus Deutschland erzielt worden sei. Weitere Gründe dafür seien auch die optimale Konjunkturlage in wichtigen Abnehmerländern sowie der schwache Euro und die niedrigen Erdölkosten. Der Überschuss gehe außerdem überwiegend aus den Geschäften mit außereuropäischen Handelspartnern hervor.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte die Bemühungen zur Intensivierung und Effektivierung des Europäischen Semesters. Der Reformprozess sei auf gutem Wege. Die von der Kommission vorgenommene Konzentration der länderspezifischen Empfehlungen auf Schwerpunkte sei richtig. Die Reform diene einer Verbesserung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU. Die Absicht der Kommission, die Möglichkeiten der Flexibilität bei der Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu nutzen, sei damit vereinbar. Neben den finanz- und wirtschaftspolitischen Kriterien müsse die soziale Dimension berücksichtigt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, dass die Glaubwürdigkeit des Reformprozesses insgesamt darunter leide, dass Deutschland die Empfehlungen zur Korrektur seiner Leistungsbilanzüberschüsse über Jahre hinweg nicht umgesetzt habe. Ein solches Verhalten der größten Volkswirtschaft der EU beeinträchtige generell die Verbindlichkeit der Empfehlungen. Die regierungstragenden Fraktionen hätten die grundsätzliche Problematik der Außenhandelsüberschüsse nicht verstanden. Um eine wirtschaftlich und sozial nachhaltige Koordination der Wirtschaftspolitiken in der EU zu erreichen, seien grundlegende Reformen des Europäischen Semesters notwendig. Bei den diesbezüglichen Überlegungen müssten sozio-ökonomische Entwicklungen in Mitgliedstaaten der EU stärker berücksichtigt werden, die dem derzeitigen, einseitig auf Wettbewerb ausgerichteten Kurs des Europäischen Semesters skeptisch gegenüberstünden.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, dass es einen Konsens gebe, den Prozess des Europäischen Semesters politischer zu gestalten. Zwar sei die Konzentration der Empfehlungen grundsätzlich zu begrüßen, sie berge jedoch gleichzeitig die Gefahr, dass bisherige Prioritäten insbesondere im Bildungsbereich oder

Energiesektor vernachlässigt und Empfehlungen nicht ausreichend konkretisiert und mit dem nötigen Nachdruck verfolgt würden. Die Auseinandersetzung und der Diskussionsprozess zwischen Kommission und den Mitgliedstaaten zur Analyse und Bewertung der wirtschaftspolitischen Lage seien stärker öffentlich sichtbar und nachvollziehbar zu machen.

Berlin, den 20. Mai 2015

Uwe Feiler
Berichterstatter

Joachim Poß
Berichterstatter

Alexander Ulrich
Berichterstatter

Manuel Sarrazin
Berichterstatter

